

Antrag der Fraktion der SPD
Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen

Stuttgart, Landtag, 31. Mai 2017

Rede des SPD-Abgeordneten
Daniel Born MdL



Anrede,

wenn zwei Menschen Ja zueinander sagen ist das etwas Wunderbares. Wenn zwei Menschen nicht nur zusammenhalten, sondern auch füreinander eintreten, ist das etwas Wunderbares. Und das Institut der Ehe schützt dieses Paar. Und unser Grundgesetz – das in der letzten Woche Geburtstag hatte – schützt dieses Institut.

Das Grundgesetz – unsere Verfassung und unser Leitkulturtext – mit seiner klaren Haltung zu Demokratie, zu Toleranz, zu Gleichberechtigung, zu Antidiskriminierung und zur Menschenwürde hat auch die Wirtschafts-, Verantwortungs- und Lebensgemeinschaft zweier Menschen in seine Grundrechte gestellt – und es ist ein Skandal, dass dieses Grundrecht Lesben und Schwulen vorenthalten wird.

Das sehen 83 Prozent der Bevölkerung so. Was für eine erwachsene und stolze Demokratie wir sind, wenn 83 Prozent der Bevölkerung sagen, es gibt keine Liebe erster und zweiter Klasse, es ist respektlos, den Lesben und Schwulen das Recht auf Ehe und gemeinsame Kinderadoption abzuspochen. Wenn 83 Prozent der Bevölkerung sagen: Wir wollen die Ehe für alle. Das ist die eindeutige Mehrheit.

Und diese 83 Prozent sind nicht von allein gekommen. Sie stehen als Zwischenerfolg eines langen Weges des Protests, der Niederlagen, der Diskussionen und der kleinen Schritte. Sie wurden wortwörtlich überzeugt von den Emanzipationsbewegungen und den CSDs, den vielen Initiativen, den Gruppen vor Ort und den Freundinnen und Freunden im Bekanntenkreis, von den Regenbogenfamilien und von mutigen Demokratinnen und Demokraten, an den Infoständen, auf den Protestzügen, in den Parteien.

Diese Mehrheit wurde auch mit dem Blick in unsere Nachbarländer erkämpft, denn wir empfinden es zu Recht als Blamage, dass die Ehe für alle westlich und nördlich von uns Normalität ist und wir ins Hintertreffen geraten sind. 14 Staaten in Europa haben die Ehe für alle.

Und diese Mehrheit wurde auch von Baden-Württemberg miterkämpft. Ein Land – das nicht nur die Verfassungshauptstadt beheimatet – sondern das seit 2011 auf besonders nachhaltige und glaubwürdige Weise an der Seite derer stand und steht,

die sich für Akzeptanz, Toleranz und gleiche Rechte einsetzen. Und dazu gehört die Ehe für alle.

Baden-Württemberg hat nicht nur mit dem Aktionsplan unter Sozialministerin Katrin Altpeter und der Reform des Bildungsplans unter Kultusminister Andreas Stoch, der Öffnung aller Standesämter für die Eintragung der Lebenspartnerschaft unter Innenminister Gall, der Angleichung der Beihilfe und der Hinterbliebenenversorgung durch Finanzminister Nils Schmid, sondern auch mit einem Gesetzentwurfes für die Ehe für alle im Bundesrat von Justizminister Rainer Stichelberger deutlich gemacht, was es heißt, für eine diskriminierungsfreie und tolerante Gesellschaft einzutreten.

Es ist gut und glaubwürdig und wichtig, wenn aus Baden-Württemberg immer wieder deutlich gemacht wird, dass man es nicht länger akzeptieren kann, wenn ein Teil unserer Bevölkerung diskriminiert wird. Aus diesem Grund hatte sich die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg 2011 den Einsatz für die Ehe für alle in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Und aus diesem Grunde hatten wir natürlich auch bei der neuen Landesregierung nachgefragt, ob sie diesen Kurs weiter fährt.

Und auf die Frage, ob die Landesregierung den Bundesratsantrag zur Ehe für alle nun auch in der neuen Zusammensetzung wieder einbringen würde, haben wir keine Antwort erhalten, sondern es wurde auf eine andere Bundesratsentscheidung zur steuerlichen Gleichstellung verwiesen.

Es ändert nichts an der Zuständigkeit des Bundes, wenn die Länder immer wieder klar Haltung beziehen. Denn dass ein Teil unserer Bevölkerung fortlaufend diskriminiert wird, hat die Landesregierung zu beschäftigen, hat das Landesparlament zu beschäftigen.

Ein Signal aus Baden-Württemberg unterstützt die, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass die Ehe für alle endlich umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich stehe hier als ein Vertreter der SPD, der weiß, was Koalitionstreue heißt. Natürlich würden viele von Ihnen persönlich gern unserem Beschlusssentwurf zustimmen. Aber wenn die CDU-Fraktion im Landtag dem widerspricht und auf die Einhaltung der Koalitionstreue pocht, ist Ihnen das genauso verwehrt wie meiner Fraktion im Bundestag. Sie können jedoch

das Thema Ehe für alle nicht nur auf Veranstaltungen Ihrer Partei, sondern auch in der grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg überhaupt einmal zu einem wichtigen gemeinsamen Gesprächsthema machen. Das heißt ja nicht, dass Sie Ihren Koalitionspartner sofort überzeugen. Aber Sie sollten es wenigstens mal versuchen! Davon würde ich gern etwas in dem Beitrag meiner geschätzten Kollegin Brigitte Lösch hören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der CDU,

möglicherweise gibt es in wenigen Wochen den ersten Koalitionsvertrag, in dem die CDU auf der Länderebene das Eintreten für die Ehe für alle unterzeichnet. Und gar nicht mal, weil es ihr die Koalitionspartner abgerungen haben, sondern weil die CDU in Schleswig-Holstein unter der Leitung des voraussichtlich neuen Ministerpräsidenten Daniel Günther Volkspartei bleibt und das inzwischen sehr eindeutige Meinungsbild der Bevölkerung – übrigens auch unter den Christen – berücksichtigt.

Daniel Günther – und hier zitiere ich ihn – findet es gut, „wenn wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften, inklusive Adoptionsrecht, in der kommenden Legislaturperiode erreichen würden.“ Das ist ein gutes Wort im Jahr 2017 und ich würde mir auch von der Volkspartei CDU Baden-Württemberg und ihren gewählten Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg wünschen, dass sie mindestens kleine Signale in diese Richtung setzt.

Liebe wird aus Mut gemacht, gute Politik wird aus Mut gemacht. Sein wir heute mutig und sprechen uns als Volksvertreterinnen und Volksvertreter nicht nur außerhalb,² sondern auch im Parlament für die Ehe für alle aus. Im Sinne der 83 Prozent, im Sinne unserer Verfassung und im Sinne der festen Überzeugung, dass die Liebe in unserem Land keine zwei Klassen braucht.